



17. Mai 2016

Pressekonferenz der ÖVP Linz

mit

Stadtparteiobmann Vbgm. Mag. Bernhard Baier

zum Thema

**„Wegschauen bringt nichts – Initiativen für
ein sicheres Linz“**

Rückfragekontakt:

Claudia Prietzel

Mobil: 0664/80 76 25 07

E-Mail: prietzel@oevp-linz.at

„Einführung des sektoralen Bettelverbots zeigt, dass schnelles und gemeinsames Handeln von Exekutive und Politik wirkt“

*„Innerhalb von nur vier Wochen wurde unser Vorstoß für ein sektorales Bettelverbot in der Linzer Innenstadt umgesetzt – an diesem aktuellen Beispiel sieht man, dass man durch schnelles, gemeinsames und überparteiliches Handeln eine deutliche Entspannung der Situation erzeugen kann“, zieht **Vizebürgermeister Bernhard Baier** eine erste Bilanz, über die erst am 2. Mai in Kraft getretene Maßnahme. „Mein Antrieb für die Einführung eines sektoralen Bettelverbots samt Sozialmaßnahmen war, die Ärmsten und Schwächsten der Gesellschaft, die Kinder, vor den kriminellen Bettlerbanden und den Machenschaften ihrer Hintermänner zu schützen.“*

Angesichts der Tatsache, dass laut Meldungen des Landeskriminalamtes in den vergangenen Monaten kriminelle Delikte um rund 10% gestiegen sind, gilt es erneut umgehend zu handeln. Insbesondere im Bereich der Drogenkriminalität (Verstöße gegen das Suchtmittelgesetz) und der Schlepperei (Verstöße gegen das Fremdenpolizeigesetz) konnten zuletzt markante Steigerungen festgestellt werden. Zudem haben in den letzten Wochen Gewaltdelikte im öffentlichen Raum mediales Interesse erregt. *„Dass dadurch auch das subjektive Sicherheitsempfinden leidet, zeigen vermehrte Anfragen und Forderungen von besorgten Bürgerinnen und Bürgern“, so **Baier**.*

Es zeigt sich, dass insbesondere an bestimmten städtischen Brennpunkten wie dem Hessenplatz oder rund um das so genannte Krempl-Hochhaus in der Neuen Welt die Lage außer Kontrolle zu geraten droht. Neben einem verstärkten Einsatz der Polizei muss auch die Stadt selbst einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Situation leisten, fordert **Baier** ein

Sicherheitsmaßnahmenpaket. In der kommenden Gemeinderatssitzung wird die ÖVP daher einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag einbringen:

Vorgangsweise für das „Maßnahmenpaket Sicherheit“:

- Lokalisierung von städtischen Brennpunkten, an denen es vermehrt zu Delikten bzw. strafbaren Handlungen kommt.
- Einberufung eines Sicherheitsgipfels, an dem neben Vertretern der Exekutive auch Vertreter der im Stadtsenat vertretenen Parteien teilnehmen, wobei kommunale Aspekte der Sicherheit diskutiert und konkrete ressortübergreifende Verbesserungsmaßnahmen vereinbart werden sollen.
- Im Hinblick auf die vereinbarten Maßnahmen ist in der nächstfolgenden Gemeinderatssitzung eine Beschlussfassung herbeizuführen.

Video-Überwachung an Linzer Öffi-Haltestellen – ÖVP setzt sich für Pilotprojekt ein

„In unserem Dringlichkeitsantrag fordern wir ein Pilotprojekt von Stadt Linz und Linz Linien ein, um in Kooperation mit der Polizei und der Datenschutzkommission eine Videoüberwachung an fünf Brennpunkt-Öffi-Haltestellen zu installieren. Uns geht es dabei um jene Haltestellen, die überdurchschnittlich von strafbaren Handlungen betroffen sind. Des Weiteren soll in den Bussen und Straßenbahnen der Linz Linien endlich die Videoüberwachung ermöglicht werden“, spricht sich **Baier** für die Realisierung einer klar definierten Videoüberwachung in Linz aus. In diesem Zusammenhang soll es nach einem Jahr eine Evaluierung geben.

Dass die Videoüberwachung auch in anderen Städten funktioniert zeigen die Beispiele Wien und Graz. In Ersterer wird aktuell weiter die Videoüberwachung ausgebaut. Insgesamt sind dort in den Stationen und Fahrzeugen der Wiener Linien derzeit rund 8.000 Kameras im Einsatz. Knapp 550 U-Bahnen, Straßenbahnen und Busse sind mit etwa 6.000 Kameras ausgerüstet. Alle 104 Wiener U-Bahn-Stationen werden mit insgesamt 1.900 Kameras videoüberwacht. Zudem sind alle 272 Aufzüge der Wiener Linien mit Videoüberwachung sowie einer Notsprechstelle ausgestattet.

Laut einer Umfrage der Wiener Linien aus 2014 begrüßen 91% der Fahrgäste, dass Maßnahmen im Öffibereich in punkto Sicherheit ergriffen werden sollen.

„Die aufgezeichneten Daten werden 48 Stunden lang von den Wiener Linien gespeichert und nur auf polizeilichen Antrag (bei einer Straftat) an diese übermittelt“, erklärt **Baier** die konkrete Handhabung. Wird der Notruf oder der Zugnotstopp betätigt, werden die Bilder zudem sekundenschnell auf die Monitore in der Leitstelle geschaltet, um notwendige Maßnahmen (Polizei, Rettung, Feuerwehr,...) ergreifen zu können.

Wissenschaftliche Erkenntnisse zur Videoüberwachung:

Maßgeblich dafür, ob Videoüberwachung tendenziell befürwortet oder abgelehnt wird, sind u.a. die Einschätzung der Effizienz, der Sicherheitslage und des Standorts der Videoüberwachung sowie die Frage des Datenschutzes. Videoüberwachung aus Sicherheitsgründen wird mehrheitlich befürwortet. Bestätigt wird jedenfalls die hohe kriminalpräventive Wirkung. Dadurch steigt auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen.

Die Häufung der kriminellen Vorfälle in Linz zeigt, dass es auf allen Ebenen Maßnahmen im Bereich der Sicherheit geben muss. Sowohl eine Aufstockung der Polizei (Bund), aber auch ein dringendes Handeln der Stadt Linz selbst. *„Es geht darum, dass die Stadt endlich handelt. Luger hätte es als Bürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzender der Linz AG im Grunde selbst in der Hand! Mittels eines mehrheitlichen Gemeinderatsbeschlusses könnte er zum Handeln beauftragt werden. Wir dürfen hier nicht weiter tatenlos zusehen“*, so **Baier**. Weitere Argumente „pro Videoüberwachung“ sind Vandalenakte bei den Öffi-Haltestellen und in den Öffis zu reduzieren. Auch die Angestellten der Linz-Linien (Bus- und Straßenbahnfahrer sowie Kontrolleure) würden dadurch geschützt.

„Es geht hier nicht um Entweder-Oder, Polizeiaufstockung oder Videoüberwachung. Es ist aus unserer Sicht ein Sowohl-als-Auch! Videoüberwachung ist alleine schon deshalb sinnvoll, um die Effizienz bei der Überführung von Straftätern zu erhöhen. Ein Polizeieinsatz in jeder Straßenbahn rund um die Uhr ist unmöglich, das wäre auch mit einer Personalaufstockung nicht zu gewährleisten“, pocht **Vizebürgermeister Bernhard Baier** darauf, die Sicherheit der Bevölkerung auf allen Ebenen, insbesondere auch auf jener der Kommune, zu thematisieren.

Steigende Drogenkriminalität – ÖVP Linz fordert „Aktion scharf“

Auf Grund der geänderten Rechtslage beim Thema Drogenkriminalität (Novelle SMG), die mit 1. Juni in Kraft tritt, fordert die ÖVP Linz eine „Aktion scharf“ gegen Drogendealer sowie einen runden Tisch ein, wo ein Maßnahmenpaket erarbeitet werden soll. *„Es geht darum, neben der Aufstockung der Polizei auf kommunaler Ebene „Hilfsmittel“ zur Verbesserung der Gesamtsituation einzusetzen“*, sagt **Vizebürgermeister Baier**. Mit einer Novellierung des Suchtmittelgesetzes wird Dealen mit Drogen im öffentlichen Raum ein eigener Straftatbestand.

„Mit den aktuellen Entwicklungen und Vorfällen werden sichere Städte noch stärker zu einem Thema der öffentlichen Diskussion. Für die Bürger sind sie Teil der eigenen Lebensqualität und für Unternehmen Standortvoraussetzung. Das zwingt die Politik auf allen Ebenen zum Handeln, insbesondere die Stadtpolitik selbst“, sagt **Baier**.

Schutz und Sicherheit der Bürger werden in erster Linie durch die Polizei gewährleistet. Die kommunale Ebene müsse aber jetzt darüber hinaus vor allem Aufgaben zur Gewährleistung von Ordnung und zur Prävention von Gewalt und Kriminalität wahrnehmen. *„Die Stadt Linz kann unter anderem im Bereich der Videoüberwachung selbst sofort handeln und braucht dafür keine anderen Gebietskörperschaften“*, appelliert **Baier** an die anderen Faktionen, die aktuelle Diskussion rund um die Sicherheitsthematik in Linz ernst zu nehmen.